

Ergebnissicherung Thementisch Nr. 7 „Inklusive Bildung“ am 16.11.2015

Kurze Einführung durch Herrn Flender

- Mz.-Hd. hat verschiedene inklusive Schulversuche begonnen, ist dabei in vielen Bereichen auch Vorreiter.
- Gesetze bzgl. Inklusion bleiben meist noch zu stark hinter der UN-BRK zurück (Art. 24 Recht auf inklusive Bildung)
- Verweis auf Studie des DIMR „Inklusive Schule – Schulgesetz auf dem Prüfstand“ bzgl. Problematiken in Verbindung mit Schule und Inklusion

Input Herr Pieper – Regionale Schulaufsicht bzgl. Stand der inklusiven Bildung im Bezirk Mz.-Hd.

- spricht vertretungsweise für Frau Dr. Imke (Dienststellenleiterin), welche verhindert ist
- In Mz.-Hd. gab es seit 2008 mehrere Schulversuche zur inklusiven Bildung (INKA 1-3). Inzwischen konnten alle diese vorigen Modelle zu einem einzigen neuen Modell zusammengefügt werden, unter dem Titel „Gemeinsam auf dem Weg in eine „Inklusive Schule“.
- Auch aufgrund des Nord-Süd-Gefälles bezogen auf die Bewohnerstruktur in Mz.-Hd., müssen Angebote der heterogenen Schülerschaft entsprechend individuell ausgerichtet werden.
- Unterschiedlichkeit der Schüler_innen bringt besondere Herausforderungen für alle Beteiligten mit sich, vorrangig für Lehrer_innen.
- Schule nimmt eine ganz zentrale Rolle ein, bei der Umsetzung von Inklusion entsprechend der UN-BRK
- die Umsetzung muss nicht nur strukturell erfolgen (durch entsprechendes Personal und barrierearm ausgestattete Schulgebäude), sondern es geht auch sehr stark um die „Barriere in unseren Köpfen“, also auch bei allen Schulangehörigen. - denn **Schule kann nur so inklusiv sein, wie die Umgebung in der sie stattfindet.**
- **Schule ist EIN Ort an dem Voraussetzungen für eine inklusive Bildung geschaffen werden können. Schule allein kann nicht inklusive Gesellschaft ermöglichen** – denn in der Schule wird mit Menschen gearbeitet (welche alle ihre individuellen persönlichen Einstellungen mitbringen).
- Es wird daher nicht von einer „Inklusiven Schule“ gesprochen, sondern eher von einer „Schule, die sich auf dem Weg zur inklusiven Schule befindet.“ Auch die UN-BRK geht davon aus, dass dies ein langer Weg ist.
- Es gibt das theoretische Instrumentarium des „Index für Inklusion“, mit dem die tatsächliche Umsetzung von Inklusion gemessen werden kann. Auch dabei wird deutlich, dass Inklusion nur als längerer Prozess stattfindet.
- Differenz zwischen Grundschule und Oberschule liegt vor: **Grundschule ist von vornherein schon inklusiver gestaltet.**
- Bisherige Erfahrungen der Schulversuche sollen genutzt werden. Aus den INKA-Schulversuchen gesammelte Erfahrungen haben über den Bezirk Mz.-Hd. hinausgehende, berlinweite Bedeutung.
- **Strategien** sind:
 - **Verzicht auf Feststellungsverfahren und Pauschalzuweisungen** bzgl. Kindern mit besonderem Förderbedarf - alle Schüler_innen sollen Förderung erhalten, die für sie wichtig ist - ohne Zuschreibung und Kategorisierung;
 - funktioniert nur in Arbeit **im multiprofessionellen Team an jeder Schule** – bestehend aus Schulgemeinschaft (Eltern und Mitschüler), Schulpsychologen, Lehrern, erforderlichen medizinischen Disziplinen und Jugendämtern. Zusammenarbeit des multiprofessionellen Teams muss reibungslos funktionieren. Hier gibt es bisher noch Schwierigkeiten.
 - **Genügend Ausstattung mit Professionen** in den Schulen, ausreichend individuelle und professionelle Begleitung und Unterstützung der Schüler_innen (vor allem durch BUZ) sowie Orientierung am Sozialraum

- **Vernetzung und Kooperation von Schulen**, Wichtig ist hier vor allem: Eine **enge Kooperation unter allen Beratern!**
- Am jetzigen Schulmodell „Inklusive Bildung“ nehmen 20 Schulen teil: 14 Grundschulen und 6 Integrierte Sekundarstufen.
- Rund 6 % der Grundschul Kinder benötigen besondere sonderpädagogische Förderung, dies muss durch allgemeine Erhöhung der entsprechenden Stundenkontingente für benötigte Professionen berücksichtigt werden, entscheidend ist, dass es nicht mehr an einzelnen Schülern festgemacht wird.
- Auf dem Weg zur „Inklusiven Bildung“ ist von Bedeutung: **schrittweise eine Schule für alle Kinder zu entwickeln**, Eltern weiter einzubinden, feste Ansprechpartner bzgl. Inklusion; der Fokus des neuen Schulversuches liegt dabei auf:
 - o Lern- und Leistungsdokumentation aller Schüler_innen auch für Übergänge in weiterführende Schulen
 - o lernprozessbegleitende Diagnostik
 - o wo sind die sonderpädagogischen Aufgaben passend anzusiedeln?
 - o Entwicklung von gutem Unterricht, denn: ein gutes Lehrerteam schafft es ALLE Schüler mitzunehmen!
- Größte Herausforderungen dabei ist es, den Unterricht so inklusiv zu gestalten, dass er ALLEN Kindern zugutekommt. Dazu werden benötigt:
 - individuelle Lernarrangements
 - gemeinsame, aber auch individualisierte Strukturen
 - Schulgebäude barrierefrei gestalten
- Generell erweisen sich Schulkulturen als sehr hartnäckig, es braucht sehr lange bis zur Veränderungen - **Daher muss vor allem der positive Umgang mit Unterschieden gefördert werden**. Verringerung von „Barrieren in den Köpfen“ → Inklusion ist ein Prozess.
- Qualitätssicherung spielt eine große Rolle, erforderlich sind:
 - o Bestandsaufnahme auf der Grundlage des „Index für Inklusion“
 - o Formulierung von „SMART“-en (erreichbaren) Entwicklungszielen
 - o Bedarfsgerechte Fortbildung
 - o Sonderpädagogen in den Regelschulen
 - o Andere Professionen in der Regelschule: Erzieher, Sozialpädagogen, Schulhelfer, Medizinische Versorgung
 - o vernetzte Beratung und Begleitung auf allen Ebenen
 - o verlässliche Ausstattung
 - o Pflicht zur gemeinsamen Berichterstattung
- Es wird immer wieder Kinder geben, die aus dem Rahmen fallen, z.B. durch Verhaltensauffälligkeiten. Hier werden Ideen zur Entwicklung von Möglichkeiten benötigt, die besondere Förderung bieten ohne Inklusion zu verhindern. Daher muss qualifiziertes Personal akquiriert werden – auch durch andere Professionen wie Sozialarbeiter_innen, Erzieher_innen, Schulhelfer_innen, medizinischem Personal, auch wenn dies für Bezirk Mz.-Hd. nicht gerade einfach ist. Es kann diesbezüglich im Bezirk von Fachkräftemangel gesprochen werden.
- Die Frage nach inklusiver Schule im Mz.-Hd. ist auch mit der Frage gekoppelt: Wie können Schulen in Mz.-Hd. für qualifiziertes Personal attraktiver gestaltet werden?

Input Frau Kersten (BUZ) Beratungs- und Unterstützungszentrum für inklusive Bildung

- Die Aufgabe zur Gestaltung von inklusiven Schulen ist äußerst umfassend
- Vor allem muss sich das gemeinsame Miteinander in den Schulen entsprechend verändern.
- Denn die UN-BRK fordert wirkliche Teilhabe (natürlich mit so wenig Stigmatisierung wie möglich), ist eine Herausforderung - der Weg dorthin (der 2008 in Mz.-Hd. begonnen wurde) ist Neuland!

- Es gibt zwar andere Bundesländer und Länder, die bzgl. inklusiver Bildung weiter voran geschritten sind, hier sind jedoch auch andere Rahmenbedingungen vorgegeben.
- 2014 erfolgte der Auftrag von der Senatsverwaltung zur Konzipierung eines Beratungs- und Unterstützungszentrums (BUZ, **hierfür brauchte es neben Sonderpädagogen, auch Schulpsychologen!**; zentrale Aufgabe: Sonder- und Inklusionspädagogische Beratung und Unterstützung „auf dem Weg zur inklusiven Schule“. Im BUZ sind folgende Inhalte verortet:
 - o Schülerzentrierte Beratung und Unterstützung für Schüler, Eltern und Pädagogen, individuelle Bedarfsplanung für inklusive Entwicklung (zukünftig, da noch nicht in allumfassender Form geleistet werden kann)
 - o Sonderpädagogische Diagnostik (hoher Stundenaufwand) (in Mz.-Hd. für fast alle Bereich außer Wahrnehmungsstörungen und Autismus)
 - o Mitwirkung bei Fallbesprechungen bei vorliegendem komplexen Hilfebedarf
- **Beratung und Unterstützung des Systems Schule**
 - o Beratung von Schulleitungen und Steuergruppen (inklusionsbezogene Fachteams) durch Beratungslehrer aus den Schulversuchen im Tandem mit Schulpsychologie
 - o Beratung zu lernprozessbegleitender Diagnostik und zu individueller Förderplanung
 - o Team- und gruppenbezogene Beratung (z.B. kollegiale Fallberatung, Unterrichtscoaching)
 - o Begleitung bei Entwicklung neuer Lernstrukturen
- **Kooperation und Vernetzung**
 - o Kooperation mit dem Schulpsychologischen Beratungszentrum
 - o gemeinsames Fallmanagement ist im Aufbau
 - o Vernetzung mit Kinder- und Jugendhilfe und dem öffentlichen Gesundheitsdienst, zukünftig auch mit Fachkräften der medizinischen und psychosozialen Versorgung
 - o was aus Ressourcengründen gestrichen wurde, aber dringend wieder erfolgen muss, ist interdisziplinäre Beratung mit z.B. dem regionalen Sozialen Dienst, es gab gemeinsame Fortbildungen
 - o Fallmanagement und Unterstützung zusammen mit anderen Hilfesystemen
 - o Koordinierung der regionalen Fortbildung
- Personelle Ausstattung (Stand 2015/2016):
 - o 1 fachliche Leitung
 - o 1 Beratungslehrkraft
 - o 203 Std. für Beratung im Rahmen von Diagnostik und Feststellung
 Erweiterung ab 2017
 - o 1 Beratungslehrkraft
 - o 1 Erzieher_in
 - o 1 Sozialarbeiter_in
 - o zusätzlich Beratung bzgl. LRS, Rechenschwäche, Begabungsförderung
 - o Sekretärin
- **Perspektive: Erweiterung zum SiBUZ (Schulpsychologisches inklusives Beratungs- und Unterstützungszentrum)** → Zusammenlegung von Schulpsychologischem Beratungszentrum und Inklusionspädagogenteam (BUZ), die Beratung durch Tandem aus Schulpsychologe und Inklusionspädagoge – wie sie in Mz.-Hd. schon lange besteht – ist fachlich von Vorteil und einer der wesentlichen Gründe dafür, dass Mz.-Hd. im Berliner Ranking so gut aufgestellt ist; in 1,5-2 Jahren, wird das SiBUZ gemeinsam in der Eisenacher Straße angesiedelt sein.

Herr Färber – Leiter Schul- und Sportamt

- Schulträger ist mitverantwortlich für Rahmenbedingungen der Schulen
- Leistungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang: Unterstützung beim Bau von, Umbau und Sanierung zu barrierearmen Schulgebäuden
- positive Beispiele sind:

- Thüringen-Oberschule (Kosten: vier Millionen)
- Markana-Oberschule ist barrierearm fertiggestellt worden
- perspektivisch: Bürgerpark-Grundschule Pusteblume-Grundschule (rd. fünf Millionen)
- und weitere Projekte sind in Bearbeitung
- MAPs -> Modulare Ergänzungsbauten sind im Einsatz und barrierearm (entsprechende Türbreiten, verfügen über Fahrstühle) momentan an der Bürgerpark-Grundschule und an der Pusteblume-Grundschule
- im engen Kontakt mit Herrn Flender werden Anforderungen abgestimmt
- **bei der Umsetzung gibt es finanzielle und räumliche Grenzen**
 - Dynamik der Entwicklungszahlen im Bezirk: Schülerzahlen sind stark steigend, baulich ist dem nicht hinterher zu kommen
 - die Klassen werden immer größer, sie möchten die Klassengrößen im Zusammenhang mit Inklusion verringern, aber können es aufgrund der steigenden Schülerzahlen momentan nicht.
- wichtig ist **Kooperation mit Schulaufsicht** und deren Zuspruch sowie **Bildung von Schwerpunktschulen**

Hinweis durch Herrn Flender:

- DIN 18040/2 fordert entsprechende Vorkehrungen zur Förderung von Kindern mit Seh- und Hörbeeinträchtigung
- Hier könnte eine Lösung darstellen entsprechende Schwerpunktschulen -> Schwerpunkt Sehen und -> Schwerpunkt Hören zu gründen, die dann die entsprechende Ausstattung (auch technische) bieten.
- hier es wichtig, das Verantwortliche gemeinsam im fachlichen Austausch bleiben
- es ist fraglich, weshalb die DIN 18040/2 bisher noch nicht umgesetzt wurde!

Input Frau Dagmar Stoye (Vorsitzende Bezirksschulbeirat, Bezirkseleiternausschuss Mz.-Hd., Mitglied Landeselternausschuss Berlin)

- ein Problem besteht seit ersten Schritten des Bezirks in Richtung „Inklusive Bildung“: die Eltern fühlten sich bei entsprechenden Entscheidungen übergangen
- ihrer persönlichen Erfahrung nach sind die Sozialisation der Schüler und ihrer Eltern und entsprechende Schulkulturen von großer Bedeutung
- grundsätzlich sind auch die Eltern überwiegend für „Inklusive Bildung“, aber der Prozess der Umsetzung ist sehr lang, denn es gibt auch Ängste auf allen Seiten
- gerade Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung haben Angst, dass ihr Kind an der Regelschule nicht mehr kompetent genug gefördert werden kann
- sieht eine besondere Schwierigkeiten im Förderschwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“, in Mz.-Hd. gibt es eine sehr hohe Anzahl von Schülern mit diesem Förderbedarf und die entsprechende fachgerechte Förderung funktioniert bisher nicht
- ursprünglich wurde den Eltern auch mitgeteilt, dass „inklusive Unterricht“ in den 1. und 2. Klassenstufen immer mit einer doppelten Anzahl von Lehrern ausgestattet sein soll, auch dies wurde bisher nicht umgesetzt
- Eltern sind enttäuscht
- Eltern müssen umfassender informiert und besser in den Umsetzungsprozess mit einbezogen werden
- auch Schüler haben bzgl. Inklusion „viele Barrieren in den Köpfen“, ein gemeinsamer, informierender Unterricht kann hier hilfreich sein
- es wurden neue Rahmenlehrpläne eingeführt, können, aber nie umgesetzt werden, wenn Klassen jede Stunde darum kämpfen, dass der Unterricht überhaupt stattfinden kann
- die Umsetzung ist schwierig, das Geld fehlt, es gibt nicht genug Lehrer, nicht genug Erzieher, die Klassen werden immer voller, es wird somit schwierig für ALLE Kinder

- auch die entsprechende Evaluation der „Inklusiven Schulmodelle“ gab es bisher nicht, worüber die Eltern sehr verwundert sind
- Eltern wurden im Prozess zur „Inklusiven Bildung“ nicht mitgenommen!

Diskussionsschwerpunkt Diagnostik:

- Beim Diagnoseverfahren ist zu beachten, dass es berlinweit eine standardisierte Einschulungsuntersuchung gibt. Jedoch unterscheiden sich der medizinische und pädagogische Blickwinkel, was zu unterschiedlichen Angaben zu den Zahlen der Kinder mit Förderbedarf führen kann.
- Fest steht laut Herrn Pieper jedoch, dass es in Marzahn-Hellersdorf im Vergleich zu andern Bezirken eine erhöhte Anzahl an Kindern mit pädagogischem Förderbedarf gibt (momentan ca. 10%). Einerseits bleibe hier zu beobachten, woher dieser Bedarf kommt, aber vor allem, wo Fördermöglichkeiten und Handlungsschritte liegen um diesen aufzufangen. Dazu ist es wichtig, dass alle Institutionen zusammen arbeiten. Die regionale Schulaufsicht sichert ihren Teil der Unterstützung zu.
- Frau Dr. Giest berichtet aus schulpyschologischer Sicht von folgenden Erfahrungen: Es ist Fakt, dass Kinder mit Förderbedarf nicht unbegrenzt Druck und Leistungsvergleich kompensieren können. Kinder mit geringerer geistiger Entwicklung können nicht mit Gymnasiasten und Gymnasiastinnen verglichen werden. Wird der Druck zu hoch und nicht durch entsprechende Förderung und Unterstützung abgefangen, suchen Betroffene glücklicher Weise Unterstützung, bspw. beim schulpyschiatrischen Dienst. Bisher fehlt es an der Bereitschaft das „Kind beim Namen zu nennen“. **Differenzierte Blicke und Gespräche zu Förderbedarfen müssen ausgebaut und das Förderausschlussverfahren ihrer Meinung nach erhalten bleiben.**
- Frau Kersten merkt dazu an, dass ein Diagnoseverfahren erhalten bleiben soll. Dieses sollte jedoch in der Schule in Form von Beobachtungen des Lernprozesses stattfinden. Das momentane Verfahren sei durch hohe Kosten und einen enormen Verwaltungsaufwand geprägt. Diese finanziellen Mittel wären ihrer Meinung nach in den Schulen selbst besser investiert. Und könnten Einrichtungen wie das BUZ finanzieren, dessen Mitarbeiter_innen in sonderpädagogischer Profession dann zu Diagnostikern, der Feststellung von Lernbarrieren und Unterstützungsbedarfen, in die Schulen gehen und diese auch begleiten würden.
- Auch für Herrn Flender und Herrn Holzmann stellt das Thema Diagnose ein Diskussionsthema dar. Wie auch weitere Teilnehmer_innen hält Herr Holzmann Diagnosen für erforderlich, jedoch sollte diese keine Stigmatisierungen, sondern eine individuelle Förderung nach sich ziehen. Dabei wäre auch zu beachten, dass nicht jede/r Pädagoge/Pädagogin einen diagnostischen Blick hat.

Weitere Fragen in der Diskussion:

Wie läuft die Vorbereitung der Schulen auf neue Schulversuche ab? (INKA 3 sei damals ohne Vorbereitung gestartet) Was sind Vorbereitungsmaßnahmen an den ISS?

- Zu den Vorbereitungen zählt laut Herrn Pieper z.B. eine Veränderung der Rahmenbedingungen in den Schulen. Dazu zählt die Finanzierung von zusätzlichen Stunden, welche die Schule frei verfügbar einsetzen kann, um Mehrbedarfe durch Inklusionsprozesse abzudecken. Das Schulen vorab nicht informiert oder vorbereitet wären sei unmöglich, da es im Voraus immer eine Schulbeschlusskonferenz mit einem intensiven Diskussionsprozess gibt, an dem alle betreffenden Schulen beteiligt sind.

Zu den erforderlichen „Multiprofessionellen Teams“ gehören in der Regel auch Schulhelfer_innen. Sind diese wirklich genügend ausgebildet? Und warum sind diese meistens in prekären Arbeitsverhältnissen angestellt?

- Herr Pieper: Die Besetzung der Teams richtet sich nach dem was die Schule braucht. Dazu gehören i.d.Regel auch Schulhelfer_innen, welche aber auch sehr unterschiedlich qualifiziert sind. Die Tätigkeiten reichen häufig von der begleitenden bis zur medizinischen oder pflegerischen Betreuung. Darauf hätte die Schulaufsicht jedoch keinen Einfluss, da die entsprechende Qualifizierung, sowie die Bezahlung in der Verantwortung der (freien) Trägen liegt.

Warum gibt es keine integrativen Gymnasien?

- Laut Herrn Pieper gab es dazu keine Schulkonferenzbeschlüsse und es stellte sich kein Gymnasium zur Verfügung, aufgrund der unterschiedlichen Förderschwerpunkte.

Es gibt Informationen, dass sich Wandel von der Schwerpunktförderung zur Strukturmittelförderung vollzieht. Es gibt also keine Einzelzuwendungen von Ressourcen mehr, sondern Pauschalen. Dieses Vorgehen ist stark diskutiert und kann nicht funktionieren!? Außerdem stellt sich die Frage nach einer „Sicherheitsleine“, wenn jede Schule einen eigenen Weg zur Inklusion geht. Wer schaut nach den Kindern bei diesen „Schulversuchen“?

- Herr Pieper betont, dass es bei den Schulversuchen nicht um das System geht, sondern immer und grundsätzlich um ALLE Kinder. Dazu braucht man vor allem professionelles Personal, damit niemand „durchrutscht“. Zur Aufsicht läuft eine Längsschnittuntersuchung. Diese Frage wäre an die Senatsverwaltung zu richten, um bisherige Ergebnisse einsehen zu können. Die Evaluation findet berlinweit statt und ist nicht abgeschlossen.

„TO-DO“/ „Handlungsempfehlungen“/ offene Fragen:

- Wie können sogenannte Rückkehrer_innen einer Regelschule am besten gefördert und aufgefangen werden?
- Es muss mehr Austausch angeregt werden! BUZ/ SIBUZ und Schulaufsicht sollten weitere Akteure und Akteurinnen, sowie die Eltern über Entwicklungen und Ergebnisse in Kenntnis setzen.
- Laut Frau Kersten sollte es pauschale Förderbeträge für Schulen geben, damit diese z.B. das BUZ beauftragen können, um dort beratend und begleitend tätig zu werden.
- Veröffentlichung von positiven Beispielen zu erfolgreich laufenden Förderprojekten und Kindern deren Förderbedarf gesunken ist.
- Anregung zur Organisation eines Fachtages „Inklusive Bildung“ in Kooperation des Bezirksamts und der Alice-Salomon-Hochschule.
- Eltern stärker einbinden!
- es muss qualifiziertes Personal akquiriert werden, Attraktivität der Schulen für Personal erhöhen
- zukünftig sollten auch wieder Fachkräfte der regionalen Sozialen Dienste in das BUZ involviert werden
- wichtig ist Kooperation mit Schulaufsicht und deren Zuspruch
- Bildung von Schwerpunktschulen (DIN 18040/2 fordert entsprechende Vorkehrungen zur Förderung von Kindern mit Seh- und Hörbeeinträchtigung -> Gründung entsprechender Schwerpunktschulen)
- Verantwortliche im Prozess müssen gemeinsam im fachlichen Austausch bleiben
- Sichtweise der Eltern verstärkt mit einbeziehen
- die fachgerechte Förderung der in Mz.-Hd. in hoher Anzahl vertretenden Schüler mit Förderbedarf im Bereich „emotionale und soziale Entwicklung“ muss auf ihre Wirksamkeit hinterfragt werden, ggf. sind neue Wege, ggf. auch neue Kooperationen zu gehen
- die vorgesehene Lehrerdopplung im „inkluisiven Unterricht“ zumindest in 1. und 2. Klasse iist zu realisieren
- Eltern müssen umfassender informiert und besser in den Umsetzungsprozess mit einbezogen werden

- auch Schüler haben bzgl. Inklusion „viele Barrieren in den Köpfen“ – Inklusive Bildung muss auch Thema im Unterricht, in Projekttagen etc. sein, die Schüler müssen informiert und mitgenommen werden
- Ziele müssen erfüllbar sein – ansonsten sind es Hirngespinnste! Inklusion braucht auch entsprechende Ressourcen! Man kann immer alles verändern – aber es sollte zwingend besser werden!
- Der Evaluationsbericht zum „Inklusiven Schulmodelle“ sollte der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden